



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonalbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druckl media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–7

### Aktuell

Die Gold-Initiative gefährdet,  
was sie zu schützen vorgibt.....8

### Themen

Bildung als «Swiss Skill» ..... 9

Mehr körperliche Bewegung  
in der Schweiz..... 10

Prognosen für den Schweizer Tourismus ... 11

Die Grundversorgung in der Verfassung –  
eine Büchse der Pandora ..... 12

### Firmenporträt

Schilliger Holz AG – seit 153 Jahren  
im Dienst des Schweizer Holzes..... 13

Index ..... 14

### Kommentar

Energie als Standortfaktor  
und Wirtschaftszweig ..... 15

## Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft



Ruedi Reichmuth,  
Präsident H+I Kt. Schwyz

Mit Erstaunen muss die Entwicklung auf dem politischen Parkett zur Kenntnis genommen werden. Ich habe den Eindruck, dass auf dem politischen Parkett die Interessen der politischen Parteien (anfänglich nur bei den Pol-Parteien Rechts-Links, je länger je mehr aber bei den Parteien jeglicher Couleur) und die Partikularinteressen einzelner Gruppierungen im Vordergrund stehen. Mir scheint, dass das Allgemeinwohl und die Sicherung einer wirtschaftlich prosperierenden Zukunft nicht interessiert und vor allem die Bereitschaft zur Findung von tragfähigen zukunftsgerichteten Lösungen deutlich schwächer wird.

Das Lancieren von Initiativen ist offensichtlich ein willkommenes Marketing-Instrument. Die grosse inflationäre Anzahl der Initiativen und vor allem auch die extremen Inhalte (man will ja schliesslich auffallen und zur Kenntnis genommen werden) erzeugen – wohl von den Initianten gewollt – politische Unruhe und letztlich Verunsicherung über die künftigen Grundlagen und Regeln in unserem Land. Aktuell werden für 13 Volksinitiativen Unterschriften gesammelt. Beim Bundesrat sind 5 Volksinitia-

tiven hängig und beim eidgenössischen Parlament werden aktuell total 9 Volksinitiativen diskutiert (siehe: [http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis\\_1\\_3\\_1\\_1.html](http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis_1_3_1_1.html)).

Alle diese Initiativen werden uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Zudem sind bereits eine Vielzahl von weiteren Initiativen angekündigt – das kommende Wahljahr lässt bereits «grüssen». Die jüngste Propaganda-Initiative kommt von den JuSo's, welche die Lancierung der «Fifty-Fifty-Initiative» beschlossen haben. Damit soll erreicht werden, dass bei den grossen und letztlich wichtigen Unternehmen die Mitarbeiter den Aktionären gleichgestellt sind und die Hälfte des Gewinns erhalten sollen. Der allfällige Verlust soll dann wohl allein von den Eigentümern getragen werden. Es zeigt sich, dass erschreckend viele dieser bereits beschlossenen (z.B. Masseneinwanderung) oder nächstens abstimmungsreifen (z.B. Epopop, bedingungsloses Grundeinkommen, Erbschaftssteuer) oder die angekündigten Initiativen grosse Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft haben werden. Die auf die angenommenen Initiativen folgenden Gesetzgebungsprozesse lösen nachgelagerte Unsicherheiten über die künftigen Rechtsgrundlagen aus.

Am letzten Wirtschaftsforum des Kantons Schwyz hat Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt zu Recht festgehalten, dass ein schlechter Entscheid das zweitschlechteste Ergebnis sei – am schlimmsten sei dagegen Unsicherheit. Dies sei Gift für jegliche wirtschaftliche Planung und Entwicklung und damit eine hohe Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Die in der Vergangenheit erfolgsbringenden Grundwerte der Schweiz

– nämlich Planbarkeit, Rechtssicherheit und Beständigkeit sowie politische Stabilität – werden gefährdet. Die Wirkung all dieser Initiativen – auch die letztlich abgelehnten – löst sowohl nach innen bei der bestehenden Einwohnerschaft wie aber auch nach aussen gegenüber dem umliegenden Ausland Verunsicherung aus. Es wird immer schwieriger, die künftige Haltung und Entwicklung der Schweiz und der Bürger bezüglich den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzuschätzen. Unsicherheit besteht vorallem bezüglich der Haltung gegenüber marktwirtschaftlichen Grundwerten wie dem Bestand der Eigentumsrechte, der Wahrung eines liberalen Arbeitsmarkts und der positiven Anerkennung von Leistungswillen und der Wertschätzung des wirtschaftlichen Erfolgs. Die Entwicklung der Eidgenossen zu Neidgenossen ist im Gang.

Es wäre dringend nötig, sich auf unsere Grundlagen für eine wirtschaftlich prosperierende Schweiz zurückzubesinnen. Zudem ist das Bewusstsein zu schärfen, dass der erreichte Wohlstand nicht ohne weiteres bestehen bleibt, sondern immer wieder neu verdient und durch adäquate Rahmenbedingungen gesichert werden muss. Alle Parteiverantwortlichen und Interessenvertreter sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen und nicht aus Marketing-Gründen irgendwelche wirtschaftsgefährdende Vorstösse zu lancieren. Das Allgemeinwohl sollte primäre Richtschnur werden.

Ruedi Reichmuth,

Präsident H+I Kt. Schwyz

### Garaventa baut Weltrekordbahn auf Zugspitze

Der Goldauer Seilbahnhersteller Garaventa hat den Zuschlag für den Bau der neuen Eibsee-Seilbahn auf die Zugspitze erhalten. Die Zugspitze ist mit einer Höhe von 2962 Metern der höchste Berg Deutschlands und auch die Bahn der Garaventa AG wird drei Rekorde brechen: Die neue Pendelbahn wird nur eine einzige Stütze aufweisen. Mit einer Gesamthöhe von 127 Metern wird sie die weltweit höchste Fachwerkstütze für eine Pendelbahn. Ein weiterer Rekord wird die Grösse des Seilfeldes. Von der Stütze bis zur Bergstation sind es 3214 Meter. Und: Keine andere Seilbahn hat die grössere Höhendifferenz als die Eibsee-Seilbahn auf die Zugspitze. 1945 Meter sind es total. Der Baustart erfolgt 2015, die Eröffnung ist für Dezember 2017 vorgesehen. Das Ziel des Neubaus ist es, die Wartezeiten der Gäste in den Sommermonaten zu reduzieren und die Bahnhöfe der Bayerischen Zugspitzbahn durch die erhöhte Gesamtförderleistung der neuen Eibsee-Seilbahn zu entlasten. Die Fahrzeit der neuen Eibsee-Seilbahn beträgt 8,4 Minuten pro Weg bei einer maximalen Fahrgeschwindigkeit von 10,6 Metern pro Sekunde. Die Fahrbahn weist eine maximale Neigung von über 100 Prozent auf. Sie kann 580 Personen pro Stunde befördern, pro Kabine werden es 120 sein. Die neue Pendelbahn wird parallel zum laufenden Betrieb gebaut. Superlative sind dem Goldauer Seilbahnhersteller nicht fremd. Er baute 2013 die stärkste Standseilbahn der Welt für den Kraftwerksbau «Limmern» im Lintal. Gegenwärtig erstellt die Garaventa AG auf den Stoos die steilste Standseilbahn der Welt mit einer maximalen Neigung von 114 Prozent.

### Neun Lehrverhältnisse wieder aufgelöst

In diesem Jahr haben im Kanton Schwyz 1211 Jugendliche eine Lehre angefangen. Bis Ende September haben neun davon die Lehre noch in der Probezeit wieder abgebrochen. Bei der Mehrheit, nämlich sechs der neun Abbrecher, ist die falsche Berufs- oder Lehrstellenwahl Grund für die Lehrstellenvertragskündigung. In einem Fall führte ein Konflikt zwischen den Vertragsparteien zur Auflösung, in einem weiteren Fall lag eine Pflichtenverletzung durch den Lernenden vor, und eine Person musste aus gesundheitlichen Gründen die Lehre vorzeitig wieder beenden. Rund die Hälfte der Jugendlichen, die den Lehrvertrag aufgelöst haben, konnten bereits eine Anschlusslösung finden: Drei von ihnen fahren statt mit dem beruflichen Weg mit dem schulischen weiter und zwei nutzen eines der Brückenangebote, welche der Kanton für Jugendliche anbietet.

In den letzten Jahren ist die Zahl von Lehrabbrüchen zwar gestiegen, gleichzeitig werden aber auch mehr Lehrverträge abgeschlossen: «Prozentual ist die Anzahl an Abbrüchen schweizweit nur leicht gestiegen», weiss Richard Hensel, Vorsteher vom Amt für Berufsbildung. Die Situation insgesamt im Lehrstellenmarkt habe sich in den letzten Jahren jedoch positiv entwickelt. Früher hätten Jugendliche oft Probleme gehabt, eine Lehrstelle zu finden. Heute gebe es hingegen mehr offene Lehrstellen für Jugendliche: Aktuell seien im Kanton ungefähr 100 Lehrstellen nicht besetzt. Das sei gut so, denn je grösser das Angebot, umso besser die Chancen für die Jugendlichen, eine passende Stelle finden. Auch aus Sicht der Betriebe sei diese hohe Zahl nicht beunruhigend: In vielen Fällen biete ein Betrieb zum Beispiel drei Stellen an, sei aber auch zufrieden, wenn nur eine oder zwei davon besetzt würden.

### H+I-Präsident warnt vor kommenden Initiativen

Dem Schwyzer Handels- und Industrieverein (H+I) bereitet Sorgen, was im November den Schweizer Stimmbürgern vorgelegt wird. Sowohl die Abschaffung der Pauschalbesteuerung wie auch die Ecopop-Initiative seien «brandgefährlich», warnte H+I-Präsident Ruedi Reichmuth an der Tagung vom 6. Oktober. Bei beiden gelte, dass man sich bewusst werden müsse, woher unser Wohlstand stamme. Man könne der Wirtschaft nicht immer wieder neue Knüppel zwischen die Beine werfen. Irgendwann gehe die Rechnung nicht mehr auf. Es sei sehr gefährlich, hier einmal mehr einfach Zeichen setzen zu wollen, sagte Reichmuth. Für den H+I-Präsidenten ist klar, dass sich sein Verband mit voller Wucht im Abstimmungskampf gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und gegen die Ecopop-Initiative einsetzen wird. Bei einem Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung geht der Bund davon aus, dass jährlich Steuern im Umfang von rund 700 Millionen Franken verloren gehen könnten. Betroffen seien 6000 Personen, die in der Schweiz wohnen und oftmals auch noch als Mäzene oder Sponsoren aufträten. Würde die Ecopop-Initiative angenommen, dürfte die Schweizer Bevölkerung im Dreijahresschnitt nur noch um maximal 0,2 Prozent wachsen.

### Victorinox mit Flagship-Store jetzt auch in Zürich

Seit Anfang Oktober ist die Victorinox-Gruppe mit einem Flagship-Store auch in der grössten Schweizer Stadt präsent. Er ist im Geschäftshaus «Zum Herkules» zu finden, am Trülleplatz, wo der Rennweg auf die Bahn-

hofstrasse trifft. Insider sprechen von einem Mietzins zwischen 1,5 und 2 Mio. Franken pro Jahr. Der neuen Victorinox-Adresse steht eine Verkaufsfläche von 250 Quadratmetern zur Verfügung, mit Büros im Obergeschoss und Lagerraum im Untergeschoss. Dieser neue Flagship-Store ist der siebte, der weltweit von Victorinox betrieben wird. Die bisherigen sind an ebenso attraktiven Standorten in London (New Bond Street), Genf (Rue de Marché), Düsseldorf (Königsallee «Kö»), New York (Wooster-Street, Manhattan) und zwei in Tokio (Ginza) zu finden. In einem Flagship-Store ist das gesamte Sortiment aller Victorinox-Produkte erhältlich, also aus den Bereichen Taschenmesser, Haushalt- und Berufsmesser, Gepäck, Uhren, Mode und die Parfum-Linie. Dies im Unterschied zum Angebot in den weltweit rund 70 Brandstores, die eine Auswahl des Gesamtsortiments anbieten. Brandstores werden in der Schweiz am Flughafen Zürich und im Visitor-Center in Brunnen geführt.

## 100 Mio. Franken für Kanti-Neubau in Pfäffikon

Der Regierungsrat schlägt vor, den Standort der Kantonsschule in Nuolen aufzugeben und die Schule auf Pfäffikon zu konzentrieren. Dort sollen die Standorte in einem Neubau für über 100 Mio. Franken zusammengeführt werden. Die Gründe für die beabsichtigte Zusammenlegung sind vielfältig. Neben dem Handlungsbedarf bei den Gebäuden, die in einem schlechten Zustand sind, gibt es auch schulische Überlegungen. Die Vorteile von nur einem Standort liegen auf der Hand. So kann der Unterricht effizienter und nutzerfreundlicher gestaltet werden, Leerzeiten und der Transport von einem Ort zum anderen fallen weg und man kann auf die Doppelführung von verschiedenen Anlässen verzichten. Im ersten Quartal 2015 soll dem Kantonsrat ein Projektierungskredit unterbreitet werden, 2017 der Baukredit, sodass der Baubeginn für die erste Etappe (Ersatz Schulgebäude Pfäffikon) 2019 in Angriff genommen werden könnte.

## NFA: Geberkantone unterliegen

Die Finanzkommission des Ständerates will beim Finanzausgleich die Geberkantone nicht entlasten. Sie stellt sich gegen den Vorschlag des Bundesrates, die Beiträge der reichen Kantone leicht zu senken. Mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen beantragt die Kommission des Ständerats, den Ressourcenausgleich für die nächsten vier Jahre in der bisherigen Höhe weiterzuführen, wie Kommissionspräsident Hans Altherr (FDP/AR) sagte. Die Nehmerkantone, die in der Mehrheit sind,

haben sich in der Kommission deutlich durchgesetzt. Die Diskussion sei nicht entlang der Parteilinien, sondern entlang der Grenze zwischen Geber- und Nehmerkantonen verlaufen, bestätigte Altherr. Die Kommission habe den wachsenden Widerstand in der Bevölkerung der Geberkantone zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Mehrheit gebe es aber derzeit keinen Grund für Änderungen.

## Mehr Schwyzer Fachhochschüler

Während die Anzahl Schwyzer Studierender an Universitäten im Studienjahr 2013/14 gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant blieb (+0,1 %), verzeichnen die Schweizer Fachhochschulen eine klare Zunahme an Schwyzer Immatrikulierten um 6,5 Prozent. Bereits im Vorjahr betrug die Steigerung 7 Prozent. An den Schweizer Universitäten waren im Studienjahr 2013/14 insgesamt 1482 Schwyzer eingeschrieben, an den Fachhochschulen waren es 1303 (inklusive pädagogische Hochschulen). An den Fachhochschulen betrug der Schwyzer Frauenanteil 52,2 Prozent, wobei das Bildungsdepartement die hohe Frauenquote auf den Zulauf von Frauen an den Pädagogischen Hochschulen zurückführt. An den Universitäten liegt der Schwyzer Frauenanteil bei 48,4 Prozent, gesamtschweizerisch bei 50,2 Prozent. Zu den beliebtesten Fachrichtungen der Schwyzer Studenten zählen weiterhin die Geistes- und Sozialwissenschaften (30 Prozent).

## Strüby arbeitet für Sawiris

Die Andermatt Swiss Alps AG hat mit dem Bau des vierten Appartementhauses für das Tourismusresort von Investor Samih Sawiris begonnen. Im Beisein von Wohnungsbesitzern, Interessenten und Behörden erfolgte Anfang Oktober der offizielle Baustart. Das Haus Biber umfasst 22 Wohneinheiten und wird im Engadiner Architekturstil realisiert. Als Generalunternehmerin tätig ist die Strüby Holzbau AG mit Sitz in Seewen. Sie hat als Eigentümerin bereits in Hospenthal eine grosse Überbauung realisiert.

## EWS bündelt seine Kräfte

Die Elektrizitätswerk Schwyz AG (EWS), die sieben Gemeinden im inneren Kantonsteil sowie die Rigi und die Luzerner Seegemeinden Greppen, Weggis und Vitznau mit Strom versorgt, will alle ihre Aktivitäten an einem Standort konzentrieren. Sie plant darum einen neuen Werkhof auf dem Diesel-Areal in Ibach. Für die Warmwassererzeugung und Heizung ist eine Grund-

wasser-Wärmepumpe vorgesehen. EWS rechnet, dass der neue Werkhof im Herbst 2016 bezugsbereit ist. «Für die erste Etappe sind Investitionen von rund 10 Mio. Franken vorgesehen. Beide Etappen sollen zusammen mit einer Tiefgarage auf rund 21 Mio. Franken zu stehen kommen. Heute befinden sich die Räumlichkeiten der Firma nebst dem Diesel-Areal noch verstreut an vier Standorten in Schwyz, Brunnen und Seewen.

### **Klares Ja zu höheren Steuern in Schwyz**

Mit 71 zu 12 Stimmen sagte der Schwyzer Kantonsrat im Mai Ja zur Teilrevision des Schwyzer Steuergesetzes. Gegen den Entscheid des Regierungsrates sammelte der Hauseigentümergebiet erfolgreich Unterschriften für ein Referendum. Er unterlag damit im Verhältnis 2 : 3. Ende September hat das Stimmvolk das Referendum abgelehnt und damit grünes Licht für die Steuererhöhung für Gutverdienende gegeben. Lediglich in 5 der 30 Schwyzer Gemeinden scharten die Revisionsgegner eine Mehrheit hinter sich. Der Grund lag auf der Hand: Die Schwyzer Staatsfinanzen sind völlig aus den Fugen. Das Defizit 2014 dürfte weit über 200 Millionen Franken betragen. Das Eigenkapital schwindet rasant, ab 2015 droht die Verschuldung. Die Regierung zeigte sich sehr zufrieden mit dem Abstimmungsresultat. «Eine satte Mehrheit will die Probleme lösen», sagte Finanzdirektor Kaspar Michel. Der Spardruck bleibe aber hoch. Mit Bedauern nahmen die Initianten des Referendums den Entscheid zur Kenntnis. Die Wochen vor der Abstimmung hätten gezeigt, «dass das Thema Steuern im Kanton Schwyz ganz viele und ganz unterschiedliche Meinungen und Reaktionen auslöst», sagte Roman Weber, Geschäftsführer des HEV Kanton Schwyz.

### **Gemeinden rechnen mit kleinen Defiziten**

Anders als beim Kanton sind die Gemeinde- und Bezirksfinanzen gesund. Während der Staatshaushalt 2014 mit einem Fehlbetrag von möglicherweise weit über 200 Mio. Franken rechnet, dürfte sich das Defizit bei den 33 Gemeinden und Bezirken gesamthaft auf etwa 20 bis 30 Mio. belaufen. So kann eine Aussage von Finanzrevisor Heinz Rauchenstein vom Finanzdepartement gedeutet werden, die im «Bote der Urschweiz» nachzulesen war. Alle 33 Gemeinwesen haben für 2014 ein Minus von 47,6 Mio. Franken budgetiert. Erfahrungen zeigten, dass die Rechnungen dank vorsichtiger Budgetierung schliesslich um etwa die Hälfte besser abschliessen als veranschlagt, erläutert Rauchenstein. Hinzu kommt, dass die Gemeinden und Bezirke die Fehl-

beträge aus den Rechnungen weit besser verkraften als der Kanton, weil sie über ein Eigenkapital von insgesamt 343 Mio. Franken verfügen. Es wird sanft abgebaut: Seit dem Höchststand von 2009 reduzierten sich die Reserven um «nur» 48 Mio. Franken. Der Steuerfuss der Gemeinden und Bezirke sei gut positioniert, es bestehe kein Anlass, diesen zu erhöhen, ist Heinz Rauchenstein überzeugt. Als die beiden Hauptprobleme beim Kanton sieht er die exorbitanten Zahlungen in den NFA sowie die rasant steigenden Gesundheitskosten in den Spitälern, für welche der Kanton gerade stehen müsse.

### **Bier aus Rothenthurm**

Seit 2010 ist das «Turpä Bräu» erhältlich, seit dem Wochenende in der neu und eigens erbauten dorfeigenen Brauerei. Seit 2007 führte Andy Bärtsch zusammen mit vier Bierliebhabern einige Bierbrautests in der Getränkehandlung Marty in Rothenthurm durch. Das Resultat überzeugte. Sie beschlossen, künftig Bier zu brauen. Zuerst bezogen sie einen Schopf in Sattel, 24 Quadratmeter gross. Von 2010 bis 2012 brauten sie dort ihr eigenes Bier. Pro Jahr versteuerten sie 1400 Liter Bier. Auf Druck von Kanton und Gemeinde musste die Brauerei aufgegeben werden, weil sie sich in einer Landwirtschaftszone befand. Jetzt haben sie ihre eigene Brauerei in Fronarbeit in Rothenthurm erstellt – von der Steuerungsanlage über die ganze Brauereikonstruktion bis zum gemütlich eingerichteten Eingangsbereich mit langem Holztisch und Saloon-Wänden. Ein gutes Beispiel für Innovation!

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## Preise weiterhin auf hohem Niveau

**Die Schwyzer Wohnungsmärkte erfreuen sich einer ungebrochenen Beliebtheit. Hauptsächlich im Segment der Eigentumswohnungen stiegen die Preise nochmals an, während sie bei den Einfamilienhäusern auf hohem Niveau stagnieren.**

### Eigentumswohnungen

Obwohl das Wohnungsangebot weiterhin umfangreich ist, stiegen die Preise für Eigentumswohnungen im Kanton Schwyz im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um fast sechs Prozent. Wichtige Treiber waren die anhaltende Zuwanderung sowie die gesunkenen Hypothekarzinsen. Auch künftig ist im Kanton Schwyz mit einer überdurchschnittlichen Zahlungsbereitschaft für Wohneigentum zu rechnen. Allerdings muss - neben den noch anstehenden Regulatorien im Schweizer Hypothekarmarkt - die Marktliquidität im Auge behalten werden. Die Preise dürften sich weiterhin auf hohem Niveau bewegen. Wachstumsraten von über zehn Prozent wie im Jahr 2012 werden jedoch vorerst wohl nicht mehr erreicht.

### Einfamilienhäuser

Die ruhigere Gangart im Schwyzer Markt für Einfamilienhäuser setzte sich im ersten Halbjahr 2014 fort. Ausgehend vom bereits hohen Niveau stagnieren die Preise grossmehrheitlich. Aufgrund des begrenzten Einfamilienhausneubaus im Kanton Schwyz gelangen zusehends ältere Objekte ins Angebot, was die Preisentwicklung insgesamt etwas dämpft. So beschränken sich die Preisanstiege denn auch vor allem auf die Regionen Schwyz und Einsiedeln, während in den höherpreisigen Regionen des Kantons längere Vermarktungsdauern zu beobachten sind. Einfamilienhäuser dürften im Kanton Schwyz auch weiterhin gefragt sein, doch die Käufer verhalten sich zunehmend selektiv.

### Mietwohnungen

Die zeitweise grosse Auswahl an Mietwohnungen ist im Kanton Schwyz leicht zurückgegangen. Entsprechend Auftrieb erhielten die inserierten Wohnungsmieten im vergangenen Halbjahr. Auch weiterhin ist mit einer robusten Mietwohnungsnachfrage zu rechnen. Die positiven Konjunkturtendenzen in der Schweiz dürften auch im Kanton Schwyz für einen Zuzug von Arbeitskräften sorgen. Das projektierte Bauvolumen im kantonalen Mehrfamilienhaussegment

liegt knapp ein Fünftel über dem Vorjahresniveau. Dies wird allerdings in naher Zukunft nur zu einer moderaten Zunahme der inserierten Wohnungsmieten führen.

### Geschäftsflächenmärkte

Im Zuge des robusten Wachstums der Gesamtkonjunktur entwickelt sich auch die Schwyzer Wirtschaft vorteilhaft. Schneller als im gesamtschweizerischen Tempo wuchs hier die Zahl der Erwerbstätigen. Trotzdem konnten die bestehenden Überkapazitäten auf den Geschäftsflächenmärkten nicht abgebaut werden. Die Angebotsziffer für Büroflächen bewegt sich im Kanton Schwyz um die zwölf Prozent, verglichen mit sechs Prozent in der gesamten Schweiz. Entsprechend wenig Aufwärtstendenzen zeigen die hiesigen Büromieten. Angesichts der positiven Konjunkturprognosen kann im Kanton Schwyz mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau gerechnet werden; die Konkurrenz zwischen Neubauten und bestehenden Liegenschaften dürfte jedoch anhalten - zumal die Zahl der Baugesuche auf eine erneute Zunahme der Bautätigkeit hinweist. Preiskorrekturen sind hauptsächlich bei älteren Flächen im unteren Qualitätsbereich zu erwarten.

*Der Bericht wird vom Immobilienberatungsunternehmen Wüest & Partner, Zürich, im Auftrag der Schwyzer Kantonalbank erstellt.*



## Die Gold-Initiative gefährdet, was sie zu schützen vorgibt

20 Prozent: So hoch soll der Goldanteil der Schweizerischen Nationalbank künftig mindestens sein. Das zumindest verlangt die aus SVP-Kreisen stammende Initiative «Rettet unser Schweizer Gold». Die unmittelbaren Folgen einer Annahme sind bekannt: Um das von den Initianten geforderte Gold zu beschaffen, müsste die Nationalbank gemäss heutigem Stand rund 65 Milliarden Franken investieren. Dies notabene mit der unschönen Aussicht, dass von diesem Gold nie wieder auch nur ein Gramm angefasst werden dürfte. Darunter würden nicht nur Unabhängigkeit und Handlungsspielraum der Nationalbank leiden, auch das Vertrauen in den Schweizer Franken würde geschwächt.

### «Weltmeister im Goldhorten»

Nun, soweit sind wir zum Glück noch nicht. Gold besitzt die Schweiz trotzdem, denn dazu ist die Nationalbank gemäss Bundesverfassung verpflichtet. Dies macht staatspolitisch durchaus Sinn, handelt es sich dabei doch auch um Notreserven für Krisenzeiten. 1040 Tonnen Gold sind derzeit im Besitz der Schweizerischen Nationalbank, das entspricht ca. 7,5 Prozent des gesamten SNB-Vermögens. Nur wenige grosse Nationen wie Deutschland oder die USA verfügen über noch grössere Goldbestände. Betrachten wir den Pro-Kopf-Anteil, liegt die Eidgenossenschaft sogar mit Abstand an der Spitze. Die Berner Zeitung titelte deshalb korrekt: «Die Schweizer sind Weltmeister im Goldhorten.»

Diese Tatsache kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gold

heute längst nicht mehr den Stellenwert hat wie zu Zeiten des Goldstandards. Die stark schwankende Goldpreisentwicklung hat bereits heute einen starken Einfluss auf die Gewinnentwicklung der Nationalbank. Im vergangenen Jahr musste die SNB aufgrund des sinkenden Goldpreises einen Verlust von 15 Milliarden Franken verbuchen und konnte deshalb erstmals kein Geld an Bund und Kantone ausschütten! Mit der Gold-Initiative würde sich dieses Risiko wesentlich verstärken. Mehr noch: Durch das verlangte Goldverkaufsverbot wären die Währungshüter den Goldpreisschwankungen faktisch ausgeliefert.

Und genau hier liegt die primäre Problematik der Gold-Initiative: Die SNB könnte zwar auch künftig Liquidität schaffen, sie müsste jedoch immer 20 Prozent in Gold anlegen. Wenn sie die Liquidität zu einem späteren Zeitpunkt reduzieren möchte, geht das nur zu 80 Prozent. Entgegen der Absicht der Initianten würde gerade dadurch die Inflationsgefahr grösser statt kleiner.

### Geografische Diversifikation macht Sinn

In ihrer letzten Forderung verlangen die Initianten der Gold-Initiative, dass künftige sämtliche Goldreserven auf Schweizer Boden aufzubewahren seien. Es trifft zu, dass die Nationalbank etwas weniger als einen Drittel ihrer Goldreserven bei Partner-Zentralbanken in Kanada und England lagert. Diese geografische Diversifikation hat aber durchaus einen sinnvollen Hintergrund: Gerade im Krisenfall kann die SNB auf verschiedenen interna-

tionalen Handelsplätzen über ihre Goldreserven verfügen und diese falls nötig rasch verkaufen. Ein solches Szenario ist (zum Glück) sehr unwahrscheinlich – im Notfall jedoch kann diese Möglichkeit von grossem Wert sein.

### Die SNB braucht Handlungsspielraum

Die Gold-Initiative ändert weder etwas am geldpolitischen System der Schweiz, noch bringt sie die zu einem früheren Zeitpunkt verkauften Goldreserven zurück. Die Initiative würde den Handlungsspielraum und die faktische Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank massiv einschränken. Gerade die jüngste Finanzkrise und ihre Folgen haben jedoch gezeigt, dass die SNB jederzeit auf der gesamten geldpolitischen Klaviatur spielt. Bei einem Ja zur Gold-Initiative wäre dies künftig nicht mehr möglich. Die Gold-Initiative gefährdet damit genau das, was sie zu schützen vorgibt: Preisstabilität und wirtschaftliche Prosperität in der Schweiz.

Die Gold-Initiative ist unnötig, schädlich und deshalb klar abzulehnen.

*(Schwyzer Komitee «Nein zur Gold-Initiative»)*



## Bildung als «Swiss Skill»

Die Bildung der Schweizer Bevölkerung ist auf einem guten Niveau. Gemäss dem zweiten Bildungsbericht, der dieses Jahr publiziert wurde, verfügt heute jeder dritte Erwachsene im erwerbsfähigen Alter über einen tertiären Bildungsabschluss (Hochschule oder höhere Berufsbildung). Vor zehn Jahren galt das nur für jeden vierten Erwachsenen. Das Bildungsniveau der Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahren zudem weiter erhöhen. Gleichzeitig sind und bleiben die Berufsleute mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II wichtig für den Arbeitsmarkt.

Demografiebedingt erreicht zugleich die Zahl der Schulkinder derzeit gemessen an der Gesamtbevölkerung einen historischen Tiefstand, wird in den nächsten Jahren aber wieder ansteigen. Erste Tendenzen in diese Richtung machen sich auf der Vorschulstufe bereits bemerkbar. Auf der Primarschulstufe wird die Schülerschaft gemäss aktuellen Prognosen bis 2021 gesamtschweizerisch um 10 Prozent ansteigen. Auf der Sekundarstufe ist ab 2017 wieder mit einem Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen.

In der Folge des ersten Bildungsberichts wurden 2011 folgende Ziele festgelegt: die weitere Harmonisierung der obligatorischen Schule durch die Kantone, die weitere Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II, die langfristige Sicherstellung des prüfungsfreien Zugangs zu den universitären Hochschulen über die gymnasiale Maturität, die verbesserte internationale Anerkennung der Abschlüs-

se der höheren Berufsbildung, die Verbesserung der Attraktivität einer Karriere für junge Forschende an universitären Hochschulen und die Validierung von nicht in der Schule erworbenen Lernleistungen. Der Bildungsbericht 2014 enthält erste Hinweise, wo man in diesem Prozess steht.

Das wichtige Ziel – die Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II – stand Mitte September mit der einmaligen Leistungsschau der Berufsbildung, SwissSkills Bern 2014, im Vordergrund. 70 Meisterschaften wurden ausgetragen, über 130 Berufe stellten sich vor. Das war Emotion und Information zugleich. Für die Durchführung waren die Branchenverbände verantwortlich. Sie sind die Träger der einzelnen Berufe. Das heisst, sie bestimmen, welche betrieblichen Kompetenzen im Rahmen einer beruflichen Grundbildung ausgebildet werden. Die SwissSkills Bern 2014 widerspiegeln also die Vielfalt der Berufsbildung in allen Facetten. Diese Vielfalt ist das Resultat einer Bottom-up-Kultur: Nicht der Staat, sondern die Wirtschaft bzw. die einzelnen Branchen prägen die Berufsbildung. Sie wissen am besten, welche Kompetenzen am Arbeitsmarkt gefragt sind und wie man diese in der Praxis ausbildet. Das Resultat dieser Kultur: Die Schweiz hat eine tiefe Jugend- Arbeitslosenquote, weil Berufslernende in hohem Masse arbeitsmarktfähig sind.

Wie wichtig der «Swiss Skill» Bildung auch als Mittel gegen den Fachkräftemangel ist, widerspiegeln die vom SAV in die Fachkräfteinitia-

tive des Bundes (FKI) eingebrachten Forderungen: Darunter fällt nicht nur der Systemwechsel in der Finanzierung der höheren Berufsbildung hin zur Subjektfinanzierung, sondern auch die Einführung eines nationalen Qualifikationsrahmens für Berufsbildungsabschlüsse zur besseren internationalen Vergleichbarkeit und Anerkennung. Eine optimierte Unterstützung der Verbände in ihren Berufsbildungsaktivitäten durch das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung wäre in diesem Zusammenhang ebenfalls ein wichtiges Instrument.

*(Schweizerischer Arbeitgeberverband)*

## Mehr körperliche Bewegung in der Schweiz

**Der Anteil der körperlich Aktiven ist in den letzten 10 Jahren gestiegen. 2012 waren beinahe drei von vier Personen ausreichend körperlich aktiv und über die Hälfte hat mindestens einmal pro Woche Sport getrieben. Wer sich regelmässig bewegt, fühlt sich nicht nur besser, sondern ist auch seltener von chronischen Leiden wie Diabetes oder Bluthochdruck betroffen. Dies geht aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung hervor, die das Bundesamt für Statistik (BFS) 2012 zum fünften Mal durchgeführt hat.**

Beinahe drei Viertel der Bevölkerung bewegen sich in ihrer Freizeit in ausreichendem Masse, d.h. sie sind mindestens zweieinhalb Stunden pro Woche mit mittlerer Intensität aktiv. Seit 2002 lässt sich kontinuierlich ein Trend zur Verbesserung des Bewegungsverhaltens feststellen. Der Anteil der Personen, die sich genügend bewegen, ist von 63 auf 72 Prozent (2012) gestiegen. Dieser Anstieg ist vor allem auf eine stärkere Verbreitung von mässig intensiven Aktivitäten wie Wandern oder Gartenarbeiten zurückzuführen.

Wird nur der Sport betrachtet, so gibt es kaum Veränderungen über die Zeit. Der Anteil wöchentlich Sport treibender Personen ist mit 55 Prozent beinahe gleich hoch wie 2002 (52 %).

### Hochschulabsolventen treiben mehr Sport

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind im selben Masse körperlich aktiv. Insbesondere beim Sport zeigen

sich deutliche soziale Unterschiede: 71 Prozent der Personen, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, treiben selten oder nie Sport, während bei den Personen mit Hochschulabschluss der Anteil 37 Prozent beträgt. Bei anderen Bewegungsaktivitäten wie Gartenarbeiten oder schnelles Gehen sind die Unterschiede weniger deutlich. 43 Prozent der Personen ohne nach-obligatorische Ausbildung bewegen sich nicht ausreichend, bei den Personen mit einem mittleren oder hohen Bildungsniveau sind es 28 Prozent resp. 25 Prozent.

### Deutschscheizer sind körperlich aktiver

Daneben lassen sich auch kulturelle Unterschiede erkennen. In der Deutschschweiz gibt es mehr körperlich Aktive als in der französischsprachigen oder italienischsprachigen Schweiz (76 % gegenüber 63 % resp. 61 %). Gleichzeitig bewegen sich Männer häufiger in ausreichendem Masse als Frauen (76 % gegenüber 69 %) und jüngere Personen öfters als ältere Personen.

### Deutlicher Bezug zur Gesundheit

Körperliche Bewegung stellt einen wichtigen Teil des Gesundheitsverhaltens dar. Unabhängig von Alter und Geschlecht weisen Personen, die sich regelmässig bewegen, ein höheres Gesundheitsbewusstsein und ein besseres Gesundheitsverhalten auf. Sie rauchen weniger, ernähren sich gesünder und weisen auch seltener Übergewicht auf. Zudem leiden sie weniger an physischen Beschwerden. Körperlich inaktive Personen weisen dagegen ein

deutlich höheres Risiko für Diabetes (10 %), Bluthochdruck (38 %) und erhöhte Cholesterinwerte (20 %) auf als Personen, die sich ausgiebig intensiv bewegen (3 %; 23 % und 15 %). Zudem leiden inaktive Personen häufiger unter depressiven Symptomen, psychischen Belastungen und Schlafstörungen als körperlich Aktive.

### Unfallrisiko steigt mit Aktivitätsniveau

Demgegenüber verunfallen Personen, die sich regelmässig bewegen, naturgemäss öfter bei Sport und Spiel als wenig aktive und inaktive Personen. 16 % der Personen, die sich mindestens drei Mal in der Woche intensiv bewegen, hatten in den letzten 12 Monaten einen Sportunfall, bei den Inaktiven sind es 3 Prozent. Sofern letztere jedoch einen Unfall erleiden, zieht dieser häufiger eine ärztliche Behandlung nach sich und sorgt für mehr Ausfalltage als bei den aktiven Personen.

*(Bundesamt für Statistik)*

## Prognosen für den Schweizer Tourismus

**In der Sommersaison 2014 verzeichnet die Schweizer Tourismuswirtschaft voraussichtlich nur ein sehr leichtes Wachstum der Hotelübernachtungen von 0.2 Prozent. Für die anstehende Wintersaison (November 2014 bis April 2015) rechnet BAKBASEL (Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel Economics AG) mit einem Wachstum der Nachfrage nach Hotelübernachtungen von 2.0 Prozent gegenüber der Vorjahressaison. Auch die Aussichten für die Sommersaison 2015 sind sehr ansprechend (+2.3%). Im Tourismusjahr 2016 dürfte sich die Schweizer Tourismuswirtschaft auf dem langfristigen Wachstumspfad bewegen (1.2%).**

Die Schweizer Tourismuswirtschaft verzeichnet in der Sommersaison 2014 nur ein sehr leichtes Wachstum der Nachfrage. Die aktuellste Schätzung für die per Ende Oktober beendete Sommersaison geht von einer Zunahme der Zahl der Hotelübernachtungen um 0.2 Prozent aus. Damit entwickelte sich die Nachfrage im Sommer 2014 unterhalb der Erwartungen. Für diese Entwicklung gibt es hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen ist die Erholung der europäischen Konjunktur erlahmt. Zum anderen waren die für den Freizeit- und Ferientourismus wichtigen Wetterverhältnisse in einigen Monaten des Sommers 2014 unvorteilhaft.

Nachdem im Winter 2013/2014 nur ein leichtes Wachstum der Nachfrage nach Hotelübernachtungen von 0.9 Prozent zu beobachten war, dürfte die Zunahme in der anste-

henden Wintersaison dynamischer ausfallen (+2.0%). Dabei basiert die Prognose auf einer steigenden Wachstumsdynamik der weltweiten und insbesondere der europäischen Konjunktur, sowie auf einem stabilen Euro-Franken-Wechselkurs. Eine Voraussetzung für die Prognose ist, dass die Witterungsbedingungen und Schneeverhältnisse besser ausfallen als im Winter 2013/2014. Auch in der Sommersaison 2015 erwartet BAKBASEL ein ansprechendes Nachfragewachstum (+2.3%). Für das gesamte Tourismusjahr 2015 (November 2014 bis Oktober 2015) resultiert damit ein Zuwachs an Hotellgiernächten von 2.2 Prozent.

Für das Tourismusjahr 2016 geht BAKBASEL davon aus, dass sich die Schweizer Tourismuswirtschaft auf dem langfristigen Wachstumspfad bewegt (+1.2%). Dabei profitiert der Schweizer Tourismus mittelfristig von den aufgehellten Konjunkturaussichten der Weltwirtschaft, von einem stabilen Euro-Franken-Wechselkurs sowie von weiter steigenden Einkommen in verschiedenen Wachstumsmärkten (z.B. Asien, Osteuropa). Die Aussichten für das Tourismusjahr 2017 sind ähnlich: BAKBASEL erwartet insgesamt einen Anstieg der Nachfrage von 1.3 Prozent.

Gemäss den neuesten Schätzungen von BAKBASEL dürften die Verkehrserträge der Schweizer Bergbahnen im laufenden Tourismusjahr im Vergleich zum Vorjahr real um rund 4.3 Prozent abnehmen. Für 2015 rechnet BAKBASEL mit einem Anstieg der Verkehrserträge um 3.1 Prozent. Mittelfristig sind die Aus-

sichten für die Schweizer Bergbahnen erfreulich. BAKBASEL geht für die Tourismusjahre 2016 und 2017 von einem Anstieg der realen Verkehrserträge um 2.5 bzw. 2.3 Prozent aus. Zum einen sollten sich bei den übernachtenden Gästen weiterhin Nachfragesteigerungen einstellen. Zum anderen dürfte es dank erwarteter günstiger Binnenkonjunktur bei den Tagesgästen aus der Schweiz ein Aufwärtstrend geben.

(SECO)

## Die Grundversorgung in der Verfassung – eine Büchse der Pandora

### Entgegen der Ansicht des Bundesrats

Es kommt vor, dass das Parlament den Eifer des Bundesrats zügelt. Doch leider kommt es auch vor, dass es Reglementierungen von der Exekutive verlangt, welche diese gar nicht will. Aktuell ist das beim Thema Grundversorgung der Fall.

Rufen wir uns die Ausgangslage in Erinnerung. Die Forderung nach einer Regelung der Grundversorgung in der Verfassung tauchte vor einigen Jahren auf, vor allem aufgrund der Unzufriedenheit, welche durch die Schliessung gewisser Poststellen hervorgerufen wurde. Die Kammern haben daraufhin vom Bundesrat einen Verfassungsentwurf gefordert. Jedoch hatte ein Konsultationsverfahren im Jahr 2010 eine Mehrheit an negativen Stimmen ergeben, so dass der Bundesrat vorschlug, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Dennoch haben die Parlamentarier an ihrer Forderung festgehalten und den Bundesrat zur Ausarbeitung eines Vorschlags verpflichtet, welcher den Kammern im Mai 2013 übermittle und zur Ablehnung empfohlen wurde (Geschäft des Bundesrates Nr. 13.036). Der Text könnte im Übrigen als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Pro Service Public» dienen, welche in der Zwischenzeit lanciert und ungefähr zur gleichen Zeit überreicht wurde. Sie findet im Parlament nur wenig Unterstützung.

Der Entwurf des Bundesrats, welcher widerwillig ausgearbeitet wurde, schlägt drei Varianten vor, ausgehend von der generelleren Formulierung (Option A: Einfacher Auftrag an die Körperschaften des

öffentlichen Rechts, eine genügende Grundversorgung im Rahmen ihrer Kompetenzen zu fördern) zur verpflichtenden (Option C: Handlungsauftrag, Definition mit Aufzählung von Sachbereichen und Grundsätzen).

### Ein erträumtes Thema, um den Wählern zu gefallen

Ende September hat der Ständerat mit 25 zu 18 Stimmen den Eintretensbeschluss gefasst. Glücklicherweise wurde mit einer knappen Mehrheit von 21 gegen 20 Stimmen die Minimalvariante gewählt. Dies entgegen jener Empfehlung, welche zu einer Mischung der Optionen B und C geraten hatte. Es ist nun am Nationalrat, sich zu äussern. Die Abstimmung im Plenum erwartend hat sich auch die WBK-S (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates) mit knapper Mehrheit für die Unterstützung einer Zwischenvariante, welche verpflichtender ist als Option A, entschlossen.

Es gilt, diese Flucht nach vorn zu stoppen. Offensichtlich ist die Grundversorgung ein erträumtes Thema für jeden Gewählten, der seinen Wählern zu gefallen wünscht – nicht nur auf der linken Seite der politischen Szene. Deshalb erstaunt es nicht, dass die Parlamentarier bei diesem Vorhaben am Ball bleiben oder wenigstens keine Lust haben, es zu bekämpfen. Es wäre jedoch falsch zu glauben, dass eine solche Verfassungsbestimmung selbst in ihrer minimalsten und nur «symbolischen» Variante schmerzlos und ungefährlich bliebe. Früher oder später würde sie zur Unterstüt-

zung neuer staatlicher Eingriffe und Reglementierungen anrufen.

### Einem punktuellen und konkreten Ansatz soll der Vorzug gegeben werden

Bereits heute ist die Grundversorgung gesetzlich verankert, aber ausschliesslich im Zusammenhang mit spezifischen Sachgebieten – in erster Linie der Post und der Telekommunikation – für welche ein garantiertes minimales Dienstleistungsniveau auf dem ganzen Gebiet der Schweiz angestrebt wird. Man könnte allenfalls auf eine Ausweitung auf andere Sachgebiete eingetreten, wo es wirklich nötig wäre. Dieser punktuellen und konkreten Ansatz der Grundversorgung ist sachgerecht.

Dagegen birgt eine abstrakte und generelle Haltung, welche eine Ausweitung auf so unterschiedliche Sachgebiete erlaubt wie Wasser, Elektrizität, Transport, Unterkunft, Ausbildung, medizinische Versorgung, Nahrung, Sicherheit, Information oder Kultur, die Gefahr, in der Bevölkerung übertriebene Erwartungen zu wecken und für Eingaben chaotischer und übermässiger Forderungen Tür und Tor zu öffnen.

Nach der kühnen Abstimmung in der Ständekammer sollte der Nationalrat den Mut aufbringen, sich der Überzeugung anzuschliessen, welche der Bundesrat verfiel: eine generelle Verfassungsbestimmung für die Grundversorgung ist weder nötig noch wünschenswert.

(Centre Patronal)

## Schilliger Holz AG – seit 153 Jahren im Dienst des Schweizer Holzes

320 Mitarbeitende, Verarbeitung von rund 2000 Festmetern Nadelholz täglich (das entspricht einem rund 17 Kilometer langen Holztrümel von 30 cm Durchmesser): Die Zahlen der Schilliger Holz AG sind eindrücklich. Allein, der Weg vom Bauernbetrieb mit Wirtshaus, Mosterei und Sägerei bis zum international tätigen Holzindustrieunternehmen mit Werken in Haltikon, Perlen, La Chaux de Fonds und dem französischen Volgsheim ist lang und eng mit der regionalen Wirtschaftsgeschichte verknüpft.

Wenn man sich heute auch fragen mag, ob der Standort bei Haltikon für eine Sägerei dieses Ausmasses ideal ist – zu den Zeiten der Gründung war das so: Es gab viel Treibwasser, genügend Platz und einen grossen Waldreichtum in der Umgebung. Nicht zu vergessen ist, dass es hier im «Alten Gaden» ja nicht nur eine Sägerei und ein Wirtshaus, sondern auch eine Mosterei gab, die von den vielen Obstbäumen in der Gegend profitierte. Es gab sogar Zeiten – zum Beispiel in den ersten Nachkriegsjahren – in denen die Sägerei durch die Erträge der Mosterei quersubventioniert wurde. Erst vor rund 70 Jahren begann die stetige Entwicklung der Sägerei, die jedoch jäh unterbrochen wurde durch einen Grossbrand im Jahr 1962. Der Wiederaufbau war hart, hat sich aber gelohnt. Vor allem der Entscheid, 1969 in eine Schwachholz-Zerspannerlinie zu investieren, erwies sich als überaus glücklich. Heute wird in Haltikon zu 70% Schwachholz verarbeitet und verlässt das Werk in Haltikon als Schnittholz oder in Form von lösungsmittelfrei verleimten

Leimholzprodukten, Grossformatplatten und fixfertigen Aussenschalungen. Zweitklassiges Schnittholz wird seit Jahrzehnten auch nach Italien exportiert, und die hochwertigen Halbfabrikate finden Abnehmer weit über die Schweiz hinaus.

Im Kern ist die Schilliger Holz AG aber ein Schweizer und mithin ein Schwyzer Unternehmen geblieben. Im Werk in Haltikon wird ausschliesslich Schweizer Holz verarbeitet und damit die wachsende Nachfrage der privaten und institutionellen Bauherren nach einheimischem Holz befriedigt – ein grosser Teil dieses Holzes stammt dabei aus Wäldern des Kantons Schwyz. Viele Mitarbeitende rekrutieren sich aus der Region, und schon bald wird die Schilliger Holz AG auch dazu beitragen, dass die umliegenden Dörfer mit Fernwärme aus dem angegliederten, aber eigenständigen Energiezentrum der Agro Energie Rigi versorgt werden können.

# Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

## Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
<b>2013</b>	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3	98,4	98,4	98,5	98,6	98,2	98,1	98,1
<b>2014</b>	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3	97,3			
<sup>1</sup>	-0,3	-0,8	-0,7	-1,2	-0,8	-0,8	-0,8	-1,2	-1,4			

## Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
<b>2013</b>	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9	99,0	99,0	99,0	99,1	98,8	98,8	98,8
<b>2014</b>	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1	98,1			

## Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
<b>2013</b>	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0	97,1	97,1	97,5	97,7	96,8	96,6	96,7
<b>2014</b>	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7	95,5			

# Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

## Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
<b>2013</b>	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2	99,3	99,0	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9
<b>2014</b>	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0	99,1			
<sup>1</sup>	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	-0,1			

		2012 <sup>2</sup>	2013 <sup>2</sup>	2014								
				März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept		
<b>Monatsindex (Dezember 2010 = 100)</b>												
<b>Totalindex</b>		<b>99,3</b>	<b>99,1</b>	<b>99,1</b>	<b>99,2</b>	<b>99,5</b>	<b>99,4</b>	<b>99</b>	<b>99</b>	<b>99,1</b>		
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	97,4	98,5	99,2	98,6	99,7	100,2	100,3	100,4	100,5		
	Alkoholische Getränke und Tabak	102,1	103,4	103,9	104,2	104,4	104,7	104,7	104,2	104,8		
	Bekleidung und Schuhe	88,9	85,6	84,9	87	88,7	86,8	80,1	80,2	84,2		
	Wohnen und Energie	102,5	102,6	103,5	103,6	103,7	103,8	103,7	104,1	104,1		
	Hausrat und laufende Haushaltführung	97,0	95,4	95,0	95,1	95,5	95,3	94,2	93,8	93,7		
	Gesundheitspflege	99,9	99	98,2	98,3	98,3	98,3	98,3	97,8	97,8		
	Verkehr	98,3	97,4	96,3	96,6	96,8	96,7	96,8	96,84	96,2		
	Nachrichtenübermittlung	99,4	97,1	94,9	94,8	94,4	94,4	94,4	94,5	94,8		
	Freizeit und Kultur	94,5	94,5	94,8	94,9	95	95	94,9	94,4	94,5		
	Erziehung und Unterricht	102	103,8	105,1	105,1	105,1	105,1	105,1	105,1	105,8		
	Restaurants und Hotels	102,2	103	104,4	104	104,1	103,9	103,5	103,7	103,5		
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,5	101,1	100,4	100,2	100,5	100,1	100,5	100,7	100,5			
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	100,4	100,8	101,2	101,2	101,3	101,4	101,3	101,4	101,4		
	Auslandgüter	96	94,2	93,4	93,7	94,3	94	93	92,6	93,1		
	Waren	96,8	95,5	95,1	95,2	95,7	95,6	94,8	94,6	95,0		
	Dienstleistungen	101	101,6	101,9	102	102,2	102,1	102,1	102,1	102,1		

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

## Energie als Standortfaktor und Wirtschaftszweig

Ohne eine repräsentative Meinungsumfrage zu starten, wage ich die Behauptung, dass das Thema Energie aktuell unter den Top 3 aller Berichterstattungen ist. Als zuständiger Energiedirektor des Kantons Schwyz freut mich das natürlich! Nur – können wir die Informationsflut überhaupt noch richtig einordnen? Erschwerend kommt hinzu, dass bei diesem Thema viele Informationen sehr stark auf Eigeninteressen oder ideologischen Prägungen basieren. Bei einigen kann man wenigstens, sofern man will, mit wenig Aufwand herauslesen, dass sie der Atom- oder Erdöllobby nahe stehen. Das ist weder schlimm noch verwerflich; es geht schliesslich um sehr viel Geld, bestehende Strukturen und Macht.

Der Bundesrat hat mit der Energiestrategie 2050, dem Ziel «Atomausstieg» und der Energiewende wertvolle Führungsarbeit verrichtet. Selbstverständlich kann man daran alles kritisieren, diese als überstürzt, unausgereift oder als Wunschdenken abkanzeln. Trotz aller Kritik – ich kann diesem bundesrätlichen Vorschlag sehr viel Positives abgewinnen. Er zeigt den Weg auf, wohin sich unsere Wirtschaft und wir uns als Gesellschaft bewegen sollen. Sparen (Effizienz), die Produktion einheimischer erneuerbarer Energie erhöhen und keine Technologiebevorzugung sind wichtige Grunddanker dieser Ausrichtung. Alles Punkte, die auch in der Energiestrategie des Kantons Schwyz Eingang gefunden haben. Der Kantonsrat hat an diesem Papier allerdings keine grosse Freude gezeigt und dieses ohne Zustimmung zur Kenntnis genommen. Zum Glück ist die Inkraftsetzung von Strategien dem Regierungsrat vorbehalten!

Trotz rauhem Schwyzer Energiewind und der Gefahr in eine ideologische Ecke gedrängt zu werden, sind die nachfolgenden Feststellungen für mich von Bedeutung:

- Energie ist ein wichtiger Grundpfeiler für die Wirtschaft, unseren Wohlstand und unsere ausgeprägte Mobilität – darum ist es richtig und wichtig, dass die Energie heute fester Bestandteil der politischen Agenda auf allen Staatsebenen ist.
- Oberste Priorität hat immer die hohe Versorgungssicherheit – im Idealfall schaffen wir das mit einheimischer erneuerbarer Produktion zu wettbewerbsfähigen Preisen.
- Energie ist in erster Linie Wirtschaftspolitik – jede Investition in Holz-, Biomasse-, Solar-, Photovoltaikanlagen, Gebäudeisolationen, Wind- und Wasserkraftwerke, Erdsonden und alles andere, was hilft, fossile Brennstoffe zu ersetzen, ist Kapital, das langfristig einheimisch bleibt.
- Apropos Wirtschaftspolitik: Wir Schweizerinnen und Schweizer kaufen im Monat für ca. CHF 1 Milliarde Erdölprodukte ein. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet gibt das über CHF 18 Mio., die wir als Schwyzerin und Schwyzer pro Monat ausgeben – welcher Wirtschaftszweig hat sonst ein solches Marktpotenzial vor der eigenen Haustür?
- Wundern mag ich mich ab und zu über Zeitgenossen, denen alles suspekt ist, was nach Ausland tönt. Bei Benzin, Diesel, Öl und Uran ist ihnen aber die vollständige Abhängigkeit und der Abfluss unseres Geldes, dazu in Staaten mit wenig Demokratieverständnis, offenbar egal.

- Beeindruckend ist für mich die rasante technische Entwicklung. Erinnern Sie sich noch, wie viel bzw. wie wenig wir vor 10 Jahren über erneuerbare Energien gewusst, geredet und geschrieben haben?
- Sehr erfreulich ist, dass wir auch im Kanton Schwyz bezüglich Produktion und Verteilung erneuerbarer Energien, wie auch bezüglich Architektur und Energieplanung echte Leuchtturmprojekte haben. Die 39 Minergie P und 13 Minergie A Zertifikate beweisen, dass diese Technik keine Vision, sondern Realität ist – man muss es nur wollen!

Es ist viel in Bewegung, wir haben eine spannende Zeit vor uns. Ich bin gespannt, wie unsere Energieversorgung, unsere Mobilität und unser Energiebewusstsein in 10 Jahren aussehen! Bezüglich Innovation, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit vertraue ich auf die Wirtschaft und hoffe, dass die Politik die notwendigen Veränderungen akzeptiert und es schafft, die richtigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

*Othmar Reichmuth, Regierungsrat*

**Diese Ausgabe wird gesponsert von**  
**Schilliger Holz AG,**  
**Haltikon 33, 6403 Küssnacht am Rigi**  
**[www.schilliger.ch](http://www.schilliger.ch)**

Nr.	Datum	Sponsor	Nr.	Datum	Sponsor
457	21. 02. 2014	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz	468	26.02.2015	Franz Kempf AG, Gipsergeschäft, Asterweg 4, 6440 Brunnen
458	28. 03. 2014	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen/SZ	469	26.03.2015	Sparkasse Schwyz AG, Herrengasse 23, 6431 Schwyz
459	25. 04. 2014	Markenzeichen, Korporationsweg 9b, 8832 Wollerau	470	23.04.2015	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6430 Schwyz
460	30. 05. 2014	Bruhin AG, drucklmedia, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach	471	28.05.2015	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau
461	30. 06. 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf	472	25.06.2015	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz
462	29. 08. 2014	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte, Pfäffikon/SZ und Zürich	473	27.08.2015	C. Vanoli AG Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee
463	26. 09. 2014	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	474	24.09.2015	Feusi + Partner AG, Architekten Planer, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon
<b>464</b>	<b>24. 10. 2014</b>	<b>Schilliger Holz AG, Haltikon 33, 6403 Küssnacht am Rigi</b>	475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln
465	28. 11. 2014	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
466	17. 12. 2014	Panorama Resort & Spa Feusisberg, Schönfeldstrasse, 8835 Feusisberg	477	17.12.2015	Convisa AG, Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz
467	29.01.2015	bpp Ingenieure AG, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz	478	28.01.2016	Mattig-Suter und Partner, Treuhand- und Revisionsgesellschaft,